
Autor: Prof. Dr. Christoph Butterwegge
Titel: Die soziale Gerechtigkeit – demokratischer Grundwert oder Standortrisiko
Quelle: Schriftliches Pressestatement zur ajs Jahrestagung am 20. Juli 2006
Kein Platz an der Sonne
Soziale Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche – eine Utopie?

Die soziale Gerechtigkeit – demokratischer Grundwert oder Standortrisiko?

Einerseits ist die Bundesrepublik „Exportweltmeister“ und so wohlhabend wie noch nie zuvor, andererseits herrscht Massenarbeitslosigkeit und hat die Armut, besonders unter Kindern und Jugendlichen, in letzter Zeit drastisch zugenommen. Dass die Forderung nach einer Umverteilung des Reichtums trotzdem als überholt und ideologisch verstaubt gilt, beruht auf dem maßgeblichen Einfluss des Neoliberalismus und einem durch diesen veränderten Gerechtigkeitsbegriff. Mit den Plänen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates häuften sich Bemühungen, die in der Gesellschaft gültigen Gerechtigkeitsvorstellungen grundlegend zu verändern. Reformen dieser Art wären sonst nicht durchzusetzen gewesen. Der dominierende Gerechtigkeitsbegriff wurde in mehrerer Hinsicht modifiziert: 1. von der Bedarfs- zur Leistungsgerechtigkeit, 2. von der Verteilungs- zur „Beteiligungsgerechtigkeit“ und 3. von der sozialen zur „Generationengerechtigkeit“.

1. Das Elterngeld ist ein sozialpolitisches Paradox, weil der Staat damit jene Anspruchsberechtigten am meisten subventioniert, die es am wenigsten nötig haben. Gutbetuchte erhalten auf Kosten von schlechter Gestellten im Vergleich zum früheren Erziehungsgeld mehr (Eltern-)Geld, das vor allem hoch qualifizierte, gut verdienende Frauen motivieren soll, Kinder zu bekommen und anschließend schnell wieder in den Beruf zurückzukehren.

2. Entscheidend sei heute, dass Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildungsinstitutionen und zum Arbeitsmarkt erhielten, heißt es oft. So sinnvoll die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs sein mag, so wenig darf sie vergessen machen, dass „Beteiligungsgerechtigkeit“ durch soziale Ungleichheit der Boden entzogen wird. Schon bevor Studiengebühren eingeführt wurden und ihnen bald vielleicht neuerlich Schulgeld folgt, gab es (Weiter-)Bildung nicht umsonst. Weshalb sollte ausgerechnet zu einer Zeit, wo das Geld in fast allen Lebensbereichen wichtiger als früher, aber auch ungleicher denn je verteilt ist, seine Bedeutung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sinken?

3. Wenn ein Wohlfahrtsstaat demontiert wird, seine Transferleistungen für Bedürftige gesenkt und die gültigen Anspruchsvoraussetzungen verschärft werden, obwohl das Bruttoinlandsprodukt wächst und der gesellschaftliche Reichtum zunimmt, kann weder von von *Generationengerechtigkeit* keine Rede sein. Vielmehr findet eine Umverteilung statt, von der gerade die Mitglieder bedürftiger Alterskohorten nicht profitieren. Beispielsweise *verschlechtert* die Erhöhung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre eher die Arbeitsmarktchancen zukünftiger Generationen.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Letzte Buchveröffentlichungen zum Thema: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005; Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2005